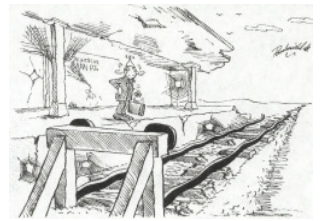


Aktive Interessensvertretung aller Kolleginnen & Kollegen



INFORMATIONEN für die Kolleginnen und Kollegen der S-Bahn Berlin GmbH – Feb. 2010

Betriebsratswahl 2010 für eine einheitliche unabhängige gewerkschaftliche Interessensvertretung bei der Berliner S-Bahn

Skandal bei der Wahl !

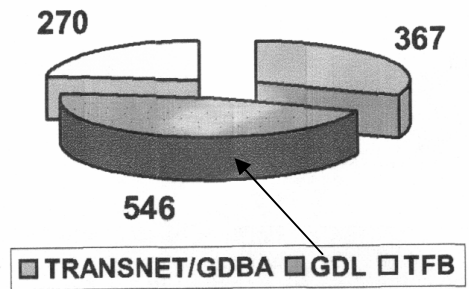
Wir gratulieren Astrid Kälisch, Michael Bublies, Enrico Forchheim, Eberhard Lorenz, Claus Weselsky und Rainer Biek zu ihren Aufsichtsratsmandaten. Wir wünschen ihnen stets Augenmaß, das sich an den Interessen unserer Kollegen ausrichtet. Haben sie doch die Möglichkeit Entscheidungen des Aufsichtsrats zu beeinflussen. Vorausgesetzt, sie sind willens, um aktiv im Interesse derer zu wirken, die sie gewählt haben. Die Arbeitgeberin besitzt allerdings im Aufsichtsrat eine Stimmenmehrheit von zwei Stimmen. Sie kann somit Umstrukturierungen oder andere Chaotisierungsmaßnahmen durchdrücken. Hier können unsere Vertreter der Arbeitnehmerbank freilich gegensteuern, wenn sie auf dem Klavier der Mitbestimmung die richtigen Töne anschlagen, um zunehmende Leistungsverdichtung in den Tätigkeiten unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen abzumindern, zu verzögern oder gar zu verhindern.

Eine besonders interessante Frage ist doch, warum gelang es eigentlich der Transparenz für die Basis (TfB) nicht, die von ihnen lauthals avisierten 1000 Stimmen einzufahren? Der Chef der transparenten Truppe hat auf dem Weg zum „wahren und einzigartigen Interessenvertreter“ wohl nicht bemerkt, dass man sich auf sehr dünnes Eis begibt, wenn die selbst gestellten Ziele der eigenen Organisation verlassen werden. Dieses Chefchen, das sich von den Medien zu gerne als Betriebsratschef der S-Bahn titulieren lässt, handelt genüsslich nach dem Motto aller Herrschenden, divide et impera – teile und herrsche.

Was ist das Ergebnis? Kein Vertreter seiner Organisationen bekam einen Sitz im Aufsichtsrat! Anders und genauer formuliert, eine ordentliche Klatsche der Belegschaft für die Politik des Karl-Heiner Wegner und seiner TfB. Pech! Die Belegschaft ist anscheinend doch nicht so dumm, wie es die Führungsmannschaft der TfB einschätzte. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erkannten sehr richtig, dass ein Keil zwischen sie getrieben wurde. In jene, die abgebaut wurden und noch abgebaut werden sollen und jene, die bleiben dürfen. Dafür haben sich die Kollegen und Kolleginnen beim TfB in demokratischster Form bedankt und das amtlich vorliegende Wahlergebnis ist die verdiente Anerkennung für das sich Entfernen der TfB von den Interessen der Beschäftigten. An dieser mitgetragenen Teilung hat nun aber auch, die etablierte DGB Einheitsgewerkschaft TRANSNET Schaden genommen und zwei Sitze verloren. Der wirklich enorme Erfolg der GDL ist einerseits auf ihre enorme

Mobilisierungskraft zurückzuführen und andererseits hat sie sich, im Gegensatz zur TG der TRANSNET/GDBA, beim Unterstützen der Obermanager der DB AG für ihren Börsengang auch nicht aus dem Fenster gelehnt.

Kritisch ist zu vermerken, dass die GDL, immerhin eine der ältesten Gewerkschaften in Deutschland, ihre erwähnte Mobilisierungskraft ausschließlich für die Interessen der Lokführer einsetzt. Sie vertritt noch nicht einmal alle Berufsgruppen des Fahrpersonals. Sie bewegt sich dadurch wie eine Standesvereinigung und wirkt wenig solidarisch auf andere Berufsgruppen. Damit helfen sie, wenn auch sicherlich ungewollt, unsere Bahnbeschäftigten zu teilen und das Feld für den so genannten unverfälschten Wettbewerb zu bestellen. Und wie dieser Wettbewerb dann gestaltet werden soll, dies erklärt uns die Volksvertreterin, die Verkehrssenatorin Frau Junge Reier. In ihrer Presseerklärung vom 15.1.2010 (siehe: www.die-s-bahner.de/archiv). spricht sie sich, im Absatz 11, für einen behinderungsfreien Zugang zum deutschen Markt aus. Na klar, der billigste Anbieter möge das Rennen machen und Berlin spart Geld. Den Zuschlag erhält der Bewerber, der seine Belegschaft mit Dumpinglöhnen abspeist, um den Konkurrenten zu unterbieten. Oder geht dies etwa anders? Nein, denn bei Ausschreibungen buhlen die Bewerber, um den Zuschlag für die ausgeschriebenen Verkehrsleistungen zu erhalten, sie stehen zu einander in Konkurrenz. Na wie denn auch sonst? Soziale Standards, die wir dem Arbeitgeber abgerungen haben, gehen den Bach runter. Unsere GDLer darauf angesprochen, führen bisher nur zu Lippenbekenntnissen, die wenig hilfreich sind, um den Wettbewerb auf der Schiene zu verhindern.



Abgegebene Stimmen:	1.201
Gültige Stimmen:	1.183
Ungültige Stimmen:	18

Ebenso ist auch der aufgestaute Frust unserer Kollegen, über die ziellose und chaotische Unternehmensführung mit ihren ständig wechselnden Geschäftsführern, ursächlich für dieses Ergebnis der Aufsichtsratswahl. Man beachte DREIZEHN in VIER Jahren. Spätestens jetzt gehört das ins Buch der Rekorde. Auch gehört TRANSNET/GDBA in dieses Buch, die den schlechtesten Wahlkampf aller Zeiten abgeliefert haben. Verzweifelt bitten, der Sprecher der Geschäftsführung und des Betriebsrats hat die anwesenden TRANSNET- Leistungsträger nicht dazu bewegen können die Wahltrummel zu rühren. Allen fehlte augenscheinlich ein Ziel, welches man den Kollegen zur Wahl stellen soll.

Unsere amtierenden Aufsichtsratsmitglieder wollten, dass der Aufsichtsrat gegen Zerschlagung der S-Bahn agiert und den Senat in die Pflicht nimmt, dies zu verhindern. Der spielte aber nicht mit. Dank der Informationspolitik, die sich alle Beteiligten auferlegten, konnte das aber Geheim bleiben. Das Ergebnis der Aufsichtsratswahl ist aber auch eine schallende Ohrfeige für die Mitglieder im Betriebsrat. Zumindest für all jene, die mit ihrem stets zustimmenden Verhalten dazu beitragen und immer noch beitragen, dass Arbeitskräfte zum Einsatz kamen und auch noch immer kommen, die unter unserem geltenden Tarif bezahlt werden. Es grenzt schon fast an Schizophrenie, denn diese Mitarbeiter werden dort zu Dumpinglöhnen eingesetzt, wo früher unsere Aufsichten auf den Bahnsteigen wirkten.

Protestkundgebung des Aktionsbündnisses Nahverkehr

Am Sonnabend, dem 30.01.2010 trafen sich trotz frostiger Temperaturen über 150 Teilnehmer zu einer Demonstration des Aktionsbündnisses Nahverkehr am Ausgang Sonntagstraße des Berliner Bahnhof Ostkreuz um ihren Protest gegen die Pläne des Berliner Senats, Teil – Strecken der S-Bahn auszuschreiben und damit die Zerschlagung der S-Bahn Berlin zu betreiben, Ausdruck zu verleihen.



Berliner, rettet Eure S-Bahn!

Das Aktionsbündnis Nahverkehr ist eine Initiative von S-Bahn / Bahn Beschäftigten und Fahrgästen, und wird von den unterschiedlichsten Gruppen und Initiativen unterstützt, die sich für einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr einsetzen, der nicht privaten Profitinteressen unterworfen wird. An diesem Aktionsbündnis beteiligen sich Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften TRANSNET / GDBA und einzelne GDler. Der Bezirksvorstand TRANSNET der Region Nord-Ost hat sich in seiner letzten Sitzung in einem Beschluss bewußt für die Beteiligung am Aktionsbündnis ausgesprochen, der Ortsvorstand Berlin gab neben der Teilnahme an der Demonstration weitere organisatorische und logistische Unterstützung. Auf der Demonstration sprachen verschiedene Vertreter des Bündnis aus Gewerkschaften, Initiativen und Verbänden, und waren sich darin einig, dass die geplanten Maßnahmen des rot/roten Senats nicht die Probleme der S-Bahn lösen, sondern die nur wieder zu Lasten von Beschäftigten und Fahrgäste gehen, und der Steuerzahler dafür auch noch zahlen soll. Diese Protestkundgebung soll und kann nur der Anfang für weiteres Aktionen sein, die Ziele des Aktionsbündnisses müssen Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit finden, die Pläne zu weiteren Privatisierung öffentlichen Eigentums muss gestoppt werden. (Quelle: TRANSNET RH)

Gotthard Krupp, Mitglied des Arbeitskreises gegen Deregulierung und Privatisierung, sprach über den einstimmigen Beschluss der 5.Ordentlichen Bezirkskonferenz des DGB Berlin / Brandenburg vom 29/30 Januar 2010. Der DGB Berlin / Brandenburg lehnt die Zerschlagung der einheitlichen S-Bahn Berlin ab. **Angesichts der S-Bahn Krise und einer drohenden Zerschlagung der S-Bahn fordert die Bezirkskonferenz des DGB-Berlin/Brandenburg, dass die S-Bahn unter die volle politische und finanzielle Verantwortung des Staates zurückgestellt wird. Das verantwortliche staatliche Organ, stellt sofort alle notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung, damit die S-Bahn ihren staatlichen Auftrag zur Verwirklichung des Rechts der gesamten Bevölkerung auf Mobilität voll und ganz erfüllen kann. Der DGB-Bundesvorstand und der Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg werden aufgefordert, die notwendigen Schritte zu unternehmen.** **Begründung:** Am 7. Januar gab der Berliner SPD/Linke-Senat seinen Beschluss bekannt, mindestens ein gutes Viertel des S-Bahnnetzes neu auszuschreiben. Die 5. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Berlin-Brandenburg ist in größter Sorge um die einheitliche S-Bahn als Teil der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Berlin-Brandenburg. Die vorgelegten Pläne des Senats bedeuten in jedem Fall eine verschärfte Unterwerfung



der S-Bahn unter den Wettbewerb. Die einheitliche S-Bahn ist bedroht. Für die Beschäftigten bedeutet es Lohnkürzungen, Leistungsverdichtungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Leistungsqualität und Stellenabbau. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Berlin-Brandenburg sind auf einen gut funktionierenden Nahverkehr angewiesen. Deshalb sieht die DGB Bezirkskonferenz in der Verteidigung eines Öffentlichen

Nahverkehrs eine gemeinsame Aufgabe aller DGB-Gewerkschaften. **Das beinhaltet die Finanzierung folgender konkreter Maßnahmen:**

- Die Werkstätten müssen personell und technisch so ausgestattet werden, dass sie dem Instandhaltungsbedarf entsprechen
- Personal muss neu eingestellt werden
- Die S-Bahnhöfe sind wieder mit Aufsichtspersonal zu besetzen
- Funktionsfähige Fahrzeuge müssen neu angeschafft werden.

Die DGB-Bezirkskonferenz beschließt für diese Forderungen eine Kampagne organisieren. Der DGB und seine Mitgliedergewerkschaften schlagen den Parteien des Berliner Senats vor, gemeinsam eine zentrale Demonstration zum Sitz der Bundesregierung für diese Forderungen durchzuführen. Die Gewerkschaftsvertreter von Transnet und des DGB sollten mit dem Mandat der Belegschaft der S-Bahn für diese Forderungen mit der Bundesregierung in Verhandlungen treten. **Als einen weiteren Handlungsauftrag für den DGB Berlin/Brandenburg sehen wir:**

- Die Bahn“reform“ von 1994 muss mit all ihren Auswirkungen auf die Berliner S-Bahn ebenso wie die Rechtsformänderung für die BVG zurückgenommen werden.
- Rücknahme aller Schritte der Auslieferung an den Wettbewerb des freien Marktes: des Lohn- und Personalabbaus, der Ausgliederung von Ausbildungen und zahlreicher Leistungen, der Kürzungen von Investitionen für Netze und Infrastruktur, der Reduzierung der Anzahl der S-Bahn-Züge, der Schließung von Werkstätten...
- Stopp und Nein zur Privatisierung der S-Bahn, des gesamten ÖPNV!
- Der ÖPNV, die S-Bahn müssen wieder als staatliche Monopolbetriebe unter der vollen politischen und finanziellen Verantwortung des Staates (Bund und Land) geführt werden! Der DGB- Bundesvorstand wird aufgefordert entsprechend initiativ zu werden.

Wer sind die Betriebsgruppen ? Die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften!!!!!!!!!!!!!!